

No. 40858

**Germany
and
Poland**

Agreement between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Republic of Poland concerning cooperation in the suppression of organized crime and other serious criminal offences. Breslau, 18 June 2002

Entry into force: *18 September 2004 by notification, in accordance with article 11*

Authentic texts: *German and Polish*

Registration with the Secretariat of the United Nations: *Germany, 21 December 2004*

**Allemagne
et
Pologne**

Accord entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République de Pologne relatif à la coopération en vue de la répression de la criminalité organisée et de la commission d'autres infractions pénales graves . Breslau, 18 juin 2002

Entrée en vigueur : *18 septembre 2004 par notification, conformément à l'article 11*

Textes authentiques : *allemand et polonais*

Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies : *Allemagne, 21 décembre 2004*

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

Abkommen

zwischen der

Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und der

Regierung der Republik Polen

über

die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung

der Organisierten Kriminalität

und anderer schwerer Straftaten

**Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Polen -**

bestrebt, die Beziehungen im Geiste des Vertrags vom 17. Juni 1991 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit weiterzuentwickeln,

geleitet von dem Bestreben, die eigenen Bürger und andere Personen, die sich im Hoheitsgebiet beider Staaten aufhalten, wirksam vor kriminellen Handlungen zu schützen,

überzeugt von der wesentlichen Bedeutung der Zusammenarbeit für die wirksame Bekämpfung der Kriminalität, insbesondere der Organisierten Kriminalität, sowie der Rauschgiftkriminalität, und des Terrorismus,

bestrebt, optimale Grundsätze, Formen und Methoden der Zusammenarbeit auszuarbeiten,

eingedenk der Ziele und Prinzipien der völkerrechtlichen Übereinkünfte, deren Unterzeichner die beiden Staaten sind, sowie der Resolutionen der Organisation der Vereinten Nationen im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung,

geleitet durch Prinzipien der Gleichberechtigung, der Gerechtigkeit und des bilateralen Nutzens -

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Vertragsparteien verpflichten sich unter Beachtung des innerstaatlichen Rechts und unter Vorbehalt des Artikels 6 dieses Abkommens zur Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität sowie schwerer Straftaten.

Die Zusammenarbeit dient der Verhütung der Kriminalität und der Verfolgung von Straftätern, insbesondere bei:

- Straftaten gegen Leben und Gesundheit;
- illegalem Anbau von Pflanzen zur Herstellung von Suchtstoffen und psychotropen Stoffen, illegaler Herstellung dieser Stoffe und ihrer Vorläufersubstanzen, ihrer illegalen Verarbeitung und Beförderung, Schmuggel von und Handel mit diesen Stoffen, sowie Handel mit Grundstoffen und Halbprodukten, die zu deren Herstellung dienen;
- Terrorismus;
- unerlaubter Einschleusung von Personen;
- Menschenhandel;
- Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung;
- Erpressung;
- illegalem Handel mit und illegaler Herstellung von Waffen, Munition und Sprengstoff;
- Fälschung von Geld, anderen Zahlungsmitteln und Wertpapieren sowie deren Verbreitung und Verwendung;
- Fälschung von Dokumenten sowie deren Verbreitung und Verwendung;

- Straftaten gegen Eigentum;

- Straftaten gegen das kulturelle Erbe, besonders Diebstahl, illegaler Verkehr, Schmuggel und Fälschung sowie Zerstörung der Gegenstände, die einen historischen oder künstlerischen Wert besitzen;

- Straftaten im Zusammenhang mit grenzüberschreitendem Warenverkehr;

- Straftaten gegen die Umwelt;

- Straftaten im Zusammenhang mit nuklearem und radioaktivem Material;

- Geldwäsche;

- Computerkriminalität;

- Korruption.

Artikel 2

Die Zusammenarbeit der zuständigen Behörden der Vertragsparteien umfasst insbesondere:

- I. Mitteilung der personenbezogenen Daten von Tatbeteiligten an Straftaten nach Artikel 1, insbesondere von Hinterleuten und Drahtziehern, Angaben über kriminelle Verbindungen, Strukturen von kriminellen Gruppen, über typisches Straftäterverhalten, über Tatumstände, insbesondere Tatzeit, Tatort, Begehungsweise, Gegenstand und besondere Merkmale einer Straftat, sowie die verletzten Strafnormen und die getroffenen Maßnahmen;

2. Durchführung entsprechender Maßnahmen auf Ersuchen, soweit sie nach dem Recht des jeweils ersuchten Staates zulässig sind;
3. Durchführung von gegenseitig abgestimmten Maßnahmen sowie gegenseitige personelle, technische und organisatorische Unterstützung;
4. Abhaltung von Arbeitstreffen zur Vorbereitung und Durchführung gemeinsamer Maßnahmen;
5. Übermittlung von Erfahrungen und Erkenntnissen, insbesondere über Methoden und neue Formen der Straftatbegehung;
6. Maßnahmen der Aus- und Fortbildung durch
 - a) gegenseitige Unterrichtung über die für die Zusammenarbeit relevanten Vorschriften des innerstaatlichen Rechts der Vertragsparteien sowie deren Änderungen;
 - b) Bemühungen zur Erweiterung und Vervollkommnung von Fremdsprachenkenntnissen sowie gegenseitige Unterstützung in diesem Bereich;
 - c) Durchführung gemeinsamer Übungen und Arbeitstagen sowie Teilnahme von zuständigen Bediensteten an Ausbildungsmaßnahmen der anderen Vertragspartei;
7. Austausch von Forschungsergebnissen im Bereich der Kriminalistik und Kriminologie;
8. Überlassung von Mustern von Gegenständen, einschließlich Proben von Suchtstoffen, psychotropen Stoffen, Vorläufersubstanzen und anderen gefährlichen Mitteln;
9. Planung und Durchführung gemeinsamer Programme der Kriminalprävention.

Artikel 3

(1) Zur Umsetzung dieses Abkommens werden alle Kontakte unmittelbar zwischen den folgend genannten Behörden in deren Zuständigkeitsbereich stattfinden:

Auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland

- das Bundesministerium des Innern,
- das Bundesministerium der Finanzen,
- das Bundesministerium für Gesundheit,
- das Bundeskriminalamt,
- die Grenzschutzdirektion,
- das Zollkriminalamt;

auf Seiten der Republik Polen

- der für Innere Angelegenheiten zuständige Minister,
- der für Finanzinstitutionen zuständige Minister,
- der für öffentliche Finanzen zuständige Minister ,
- der Hauptkommandant der Polizei,
- der Hauptkommandant des Grenzschutzes,
- der Chef des Amtes für Staatsschutz.

(2) Die Vertragsparteien zeigen einander auf diplomatischem Wege Änderungen der Zuständigkeiten oder Bezeichnungen der Behörden an, die dieses Abkommen durchführen.

Artikel 4

Die in Artikel 3 genannten Behörden können in ihrem Zuständigkeitsbereich Verbindungsbeamte austauschen und in gesonderten Durchführungsvereinbarungen zu diesem Abkommen weitere Einzelheiten der Zusammenarbeit festlegen.

Artikel 5

Der Schutz der aufgrund dieses Abkommens übermittelten personenbezogenen Daten richtet sich unter Beachtung der für die Vertragsparteien jeweils geltenden innerstaatlichen Rechtsvorschriften nach den folgenden Bestimmungen:

1. Die Verwendung der Daten ist für die empfangende Behörde nur zu den in diesem Abkommen angeführten Zwecken und nur unter den durch die übermittelnde Behörde vorgegebenen Bedingungen zulässig. Die Verwendung ist darüber hinaus zur Verhütung und Bekämpfung von Kriminalität von erheblicher Bedeutung sowie zur Abwehr von erheblichen Gefahren für die öffentliche Sicherheit zulässig.
2. Die empfangende Behörde unterrichtet die übermittelnde Behörde auf deren Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse. Im Falle einer Verwendung nach Nummer 1 Satz 2 erfolgt eine unverzügliche Unterrichtung ohne vorheriges Ersuchen.
3. Die übermittelnde Behörde ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zwecke zu achten. Dabei sind die nach dem innerstaatlichen Recht der jeweiligen Vertragspartei geltenden Übermittlungsvorschriften zu beachten. Die Übermittlung von Daten unterbleibt, soweit Grund zu der Annahme besteht, dass dadurch gegen innerstaatliches Recht verstoßen würde oder schutzwürdige Interessen des Betroffenen beeinträchtigt würden. Erweist sich, dass unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist diese Tatsache der empfangenden Behörde unverzüglich mitzuteilen. Sie ist verpflichtet, unverzüglich die Berichtigung oder Löschung der Daten vorzunehmen.
4. Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person vorhandenen Daten sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Eine Verpflichtung zur Auskunft besteht nicht, wenn das öffentliche Interesse einer Vertragspartei an der Verweigerung der Auskunftserteilung das Interesse des Betroffenen überwiegt. Das

Recht auf Auskunftserteilung bestimmt sich im Übrigen nach dem innerstaatlichen Recht der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird.

5. Die übermittelnde Behörde weist bei der Übermittlung auf die nach ihrem innerstaatlichen Recht geltenden Lösungsfristen hin. Unabhängig von diesen Fristen sind die übermittelten Daten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.
6. Die übermittelnde und die empfangende Behörde sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten aktenkundig zu machen.
7. Die übermittelnde und die empfangende Behörde sind verpflichtet, die übermittelten Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, gegen unbefugte Änderungen und gegen unbefugte Weitergabe zu schützen.

Artikel 6

Durch dieses Abkommen werden die völkerrechtlichen Bestimmungen über die Rechtshilfe in Strafsachen sowie über die Amts- und Rechtshilfe in Fiskalsachen und sonstige in zweiseitigen oder mehrseitigen völkerrechtlichen Übereinkünften enthaltene Verpflichtungen der Vertragsparteien nicht berührt.

Artikel 7

- (1) Die Zusammenarbeit im Rahmen dieses Abkommens erfolgt in der deutschen, polnischen, englischen oder, nach Vereinbarung, in einer anderen Sprache.
- (2) Ersuchen um Auskunft oder Durchführung von Maßnahmen nach diesem Abkommen werden von den in Artikel 3 genannten zuständigen Behörden schriftlich direkt übermittelt. In dringenden Fällen kann das Ersuchen auch mündlich übermittelt werden, es muss aber unverzüglich schriftlich bestätigt werden.

(3) Die mit der Erledigung eines Ersuchens verbundenen Kosten trägt die ersuchte Behörde mit Ausnahme der Reisekosten für Vertreter der ersuchenden Behörden.

Artikel 8

Ist eine Vertragspartei der Ansicht, dass die Erfüllung eines Ersuchens oder die Durchführung einer gemeinsamen Maßnahme geeignet ist, die eigenen Hoheitsrechte zu beeinträchtigen, die Sicherheit oder andere wesentliche Interessen zu gefährden oder auch gegen ihre Rechtsordnung zu verstoßen, kann sie die Zusammenarbeit teilweise oder ganz verweigern oder von der Erfüllung bestimmter Bedingungen abhängig machen.

Artikel 9

Streitfälle bezüglich der Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens werden im Wege direkter Verhandlungen zwischen den zuständigen Behörden der Vertragsparteien in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich entschieden.

Artikel 10

Mit Inkrafttreten dieses Abkommens tritt das Abkommen vom 6. November 1991 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität außer Kraft.

Artikel 11

(1) Die Vertragsparteien teilen einander auf diplomatischem Wege mit, dass die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Abkommens erfüllt sind. Das Abkommen tritt nach Ablauf eines Monats nach Eingang der letzten Note in Kraft.

(2) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Es kann von jeder Vertragspartei durch Notifikation gekündigt werden. Die Kündigung wird drei Monate nach dem Zeitpunkt wirksam, zu dem sie der anderen Vertragspartei zugegangen ist.

Geschehen zu Breslau am 18. Juni 2002 in zwei Urschriften, jede in deutscher und polnischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

**Für die Regierung der
Bundesrepublik Deutschland**

**Für die Regierung der
Republik Polen**

[POLISH TEXT — TEXTE POLONAIS]

Umowa

między

Rządem Republiki Federalnej Niemiec

a

Rządem Rzeczypospolitej Polskiej

o współpracy w zakresie zwalczania przestępczości zorganizowanej

oraz szczególnie niebezpiecznych przestępstw

Rząd Republiki Federalnej Niemiec

i

Rząd Rzeczypospolitej Polskiej -

dążąc do dalszego rozwoju stosunków w duchu Traktatu między Republiką Federalną Niemiec a Rzeczpospolitą Polską o dobrym sąsiedztwie i przyjaznej współpracy podpisanego w dniu 17 czerwca 1991 roku,

kierując się dążeniem do skutecznej ochrony własnych obywateli i innych osób przebywających na terytorium obu państw przed działaniami przestępczymi,

przekonane o istotnym znaczeniu współpracy dla skutecznego zwalczania przestępczości, a zwłaszcza: zorganizowanej, związanej ze środkami odurzającymi i substancjami psychotropowymi jak również terroryzmu,

dążąc do wypracowania optymalnych zasad, form i sposobów współpracy,

pomnie celów i zasad umów międzynarodowych, których sygnatariuszami obydwie te państwa pozostają, oraz rezolucji Organizacji Narodów Zjednoczonych w dziedzinie zwalczania przestępczości,

kierując się zasadami równości, wzajemności i dwustronnych korzyści -

uzgodniły, co następuje:

Artykuł 1

Umawiające się Strony z poszanowaniem przepisów prawa wewnętrznego swoich państw i z zastrzeżeniem artykułu 6 niniejszej Umowy, zobowiązują się do współpracy w zwalczaniu przestępczości zorganizowanej oraz szczególnie niebezpiecznych przestępstw.

Współpraca służy zapobieganiu przestępczości oraz ściganiu sprawców przestępstw, a w szczególności:

- przeciwko życiu i zdrowiu;
- nielegalnej uprawy roślin służących do wytwarzania środków odurzających i substancji, psychotropowych, nielegalnej produkcji tych środków i substancji oraz prekursorów, nielegalnego ich przetwarzania, przewożenia, przemytu oraz obrotu nimi, a także obrotu substancjami wyjściowymi i półproduktami, służącymi do ich produkcji;
- terroryzmu,
- organizowania nielegalnego przekraczania granicy państwowej;
- handlu ludźmi;
- przeciwko wolności seksualnej;
- wymuszania;
- nielegalnego handlu bronią, amunicją, materiałami wybuchowymi oraz nielegalnej ich produkcji;
- fałszowania pieniędzy, innych środków płatniczych i papierów wartościowych, a także wprowadzania ich do obiegu oraz posługiwania się nimi;
- fałszowania dokumentów oraz wprowadzania ich do obiegu i posługiwania się nimi;

- przeciwko mieniu;
- przeciwko dziedzictwu kulturowemu, zwłaszcza kradzieży, nielegalnego obrotu, przemytu i fałszerstwa oraz niszczenia przedmiotów posiadających wartość historyczną lub artystyczną;
- związanych z transgranicznym obrotem towarów;
- przeciwko środowisku;
- związanych z materiałami jądrowymi i promieniotwórczymi;
- prania pieniędzy;
- komputerowych;
- korupcji.

Artykuł 2

Współpraca właściwych organów Umawiających się Stron polega w szczególności na:

1. przekazywaniu danych osobowych osób biorących udział w czynach przestępczych, o których mowa w artykule 1 niniejszej Umowy, a zwłaszcza ich inspiratorów i organizatorów, danych o powiązaniach przestępczych, strukturach grup przestępczych, o typowym zachowaniu się sprawców przestępstw, o okolicznościach - zwłaszcza czasie, miejscu, sposobie popełnienia, przedmiocie - oraz szczególnych cechach czynu przestępczego, a także o naruszonych normach prawnych i stosowanych środkach;
2. przeprowadzaniu, na wniosek, odpowiednich działań, jeżeli są one dozwolone przez prawo państwa Strony przyjmującej wniosek;

3. realizacji wzajemnie uzgodnionych działań oraz udzielaniu wzajemnego wsparcia kadrowego, technicznego i organizacyjnego;
4. odbywaniu spotkań roboczych mających na celu przygotowanie i przeprowadzenie wspólnych działań;
5. przekazywaniu doświadczeń i posiadanej wiedzy, w szczególności o metodach i nowych formach popełniania przestępstw;
6. podejmowaniu przedsięwzięć w zakresie szkolenia i doksztalcania poprzez:
 - a) wzajemne informowanie się o przepisach prawa wewnętrznego państw Umawiających się Stron ważnych dla potrzeb współpracy oraz o ich zmianach;
 - b) dążenie do rozszerzania i doskonalenia znajomości języków obcych oraz świadczenia sobie pomocy w tym zakresie;
 - c) prowadzenie wspólnych ćwiczeń i sesji roboczych jak również udział właściwych funkcjonariuszy w przedsięwzięciach szkoleniowych drugiej Umawiającej się Strony;
7. wymianie wyników prac badawczych z dziedziny kryminalistyki i kryminologii;
8. udostępnianiu wzorów przedmiotów, w tym próbek środków odurzających, substancji psychotropowych, prekursorów i innych niebezpiecznych środków;
9. planowaniu i realizowaniu wspólnych programów prewencji kryminalnej.

Artykuł 3

(1) W celu realizacji postanowień niniejszej Umowy, wszelkie kontakty będą odbywać się bezpośrednio między niżej wymienionymi organami w zakresie ich właściwości:

po Stronie Republiki Federalnej Niemiec:

- Federalne Ministerstwo Spraw Wewnętrznych,
- Federalne Ministerstwo Finansów,
- Federalne Ministerstwo Zdrowia,
- Federalny Urząd Kryminalny,
- Dyrekcja Straży Granicznej,
- Celny Urząd Kryminalny.

po Stronie Rzeczypospolitej Polskiej:

- minister właściwy do spraw wewnętrznych,
- minister właściwy do spraw instytucji finansowych,
- minister właściwy do spraw finansów publicznych,
- Komendant Główny Policji,
- Komendant Główny Straży Granicznej,
- Szef Urzędu Ochrony Państwa,

(2) Umawiające się Strony będą informować się wzajemnie drogą dyplomatyczną o zmianach właściwości lub nazw organów wykonujących niniejszą Umowę.

Artykuł 4

Organy, o których mowa w artykule 3, mogą w zakresie swojej właściwości wymieniać funkcjonariuszy łącznikowych i ustalać w odrębnych porozumieniach wykonawczych do niniejszej Umowy dalsze szczegóły współpracy.

Artykuł 5

Do ochrony przekazywanych w związku z niniejszą Umową danych osobowych stosuje się, z uwzględnieniem przepisów prawa wewnętrznego państwa każdej z Umawiających się Stron, następujące postanowienia:

1. Przetwarzanie danych przez organ przyjmujący te dane jest dopuszczalne tylko w celach wymienionych w niniejszej Umowie i tylko pod warunkami wymienionymi przez organ dane te przekazujący. Ponadto ich przetwarzanie dopuszczalne jest w celu zapobiegania i zwalczania szczególnie niebezpiecznych przestępstw oraz odparcia poważnych zagrożeń bezpieczeństwa publicznego.
2. Organ przyjmujący informuje na wniosek organu przekazującego o przetworzeniu przekazanych danych i osiągniętych dzięki temu wynikach. W przypadku przetwarzania danych, na podstawie punktu 1) zdanie 2, informuje się niezwłocznie organ przekazujący dane, bez uprzedniego wniosku.
3. Organ przekazujący jest zobowiązany do zwracania uwagi na prawdziwość przekazywanych danych oraz na potrzebę i współmierność ich przekazania do zamierzonego celu. Należy przy tym przestrzegać zakazów przekazywania danych obowiązujących w prawie wewnętrznym państwa każdej z Umawiających się Stron. Przekazanie danych nie dochodzi do skutku, jeśli istnieje podejrzenie, że z tego powodu naruszone zostałyby prawo wewnętrzne własnego państwa lub ucierpiałby na tym podlegający ochronie interes danej osoby. Jeżeli okaże się, że zostały przekazane dane nieprawdziwe lub dane, których nie wolno było przekazać, o tym fakcie należy niezwłocznie zawiadomić organ przyjmujący. W takim przypadku jest on zobowiązany do niezwłocznego sprostowania lub zniszczenia danych.
4. Osobie, której dotyczą przekazywane dane, należy na jej wniosek udzielić informacji o tych danych, jak też o przewidywanym celu ich wykorzystania. Obowiązek udzielenia tej informacji nie istnieje, jeśli interes publiczny państwa jednej z Umawiających się Stron leżący w odmowie udzielenia informacji przeważa nad interesem danej osoby. Ponadto prawo do udzielenia informacji wynika z prawa wewnętrznego państwa tej z

Umawiających się Stron, na której terytorium państwa złożony jest wniosek o udzielenie informacji.

5. Organ przekazujący dane podaje jednocześnie termin ich zatarcia określony prawem wewnętrznym. Niezależnie od tych terminów przekazane dane podlegają zatarciu, kiedy tylko ich dalsze zachowanie nie jest już konieczne dla celu, dla którego zostały przekazane.
6. Organy przekazujące i przyjmujące są zobowiązane do odnotowania w aktach faktu przekazania i odbioru danych.
7. Organy przekazujące i przyjmujące informacje są zobowiązane do skutecznej ochrony przekazanych danych przed nieuprawnionym dostępem, nieuprawnionym dokonywaniem w nich zmian oraz przed nieuprawnionym przekazywaniem ich dalej.

Artykuł 6

Postanowienia niniejszej Umowy nie naruszają przepisów umów międzynarodowych o pomocy prawnej w sprawach karnych, o pomocy urzędowej i prawnej w sprawach podatkowych, a także pozostałych zobowiązań wynikających z dwustronnych i wielostronnych umów międzynarodowych Umawiających się Stron.

Artykuł 7

(1) Współpraca w ramach niniejszej Umowy prowadzona będzie w języku niemieckim, polskim, angielskim lub po uzgodnieniu w innym języku.

(2) Wnioski o udzielenie informacji lub podjęcie działań zgodnie z postanowieniami niniejszej Umowy przekazywane będą na piśmie bezpośrednio przez właściwe organy wymienione w artykule 3. W nagłych przypadkach wniosek może zostać przekazany również ustnie, ale wymaga on niezwłocznego potwierdzenia na piśmie.

(3) Koszty związane z realizacją złożonego wniosku ponosi organ przyjmujący wniosek z wyjątkiem kosztów podróży przedstawicieli organów składających wniosek.

Artykuł 8

Jeżeli jedna z Umawiających się Stron uzna, że wykonanie wniosku lub realizacja wspólnego przedsięwzięcia mogłaby naruszyć suwerenność, zagrazać bezpieczeństwu lub innym istotnym interesom albo też naruszałaby jej porządek prawny, może ona odmówić częściowo lub całkowicie współpracy lub uzależnić ją od spełnienia określonych warunków.

Artykuł 9

Spory dotyczące interpretacji lub stosowania niniejszej Umowy będą rozstrzygane w drodze bezpośrednich rokowań między właściwymi organami Umawiających się Stron w zakresie ich właściwości.

Artykuł 10

Z dniem wejścia w życie niniejszej Umowy traci moc Umowa między Rządem Republiki Federalnej Niemiec a Rządem Rzeczypospolitej Polskiej o współpracy w zwalczaniu przestępczości zorganizowanej, podpisana w dniu 6 listopada 1991 roku.

Artykuł 11

(1) Umawiające się Strony poinformują się wzajemnie drogą dyplomatyczną o spełnieniu wewnątrzpaństwowych warunków wymaganych do wejścia w życie niniejszej Umowy. Umowa wejdzie w życie po upływie miesiąca od dnia otrzymania noty późniejszej.

(2) Niniejsza Umowa jest zawarta na czas nieokreślony. Może być wypowiedziana w drodze notyfikacji przez każdą z Umawiających się Stron. Wypowiedzenie jest skuteczne po upływie trzech miesięcy od dnia otrzymania wypowiedzenia przez drugą Umawiającą się Stronę.

Niniejszą Umowę sporządzono we Wrocławiu dnia 18 czerwca 2002 roku w dwóch egzemplarzach, każdy w językach niemieckim i polskim, przy czym obydwie teksty mają jednakową moc.

Z upoważnienia Rządu
Republiki Federalnej Niemiec

Z upoważnienia Rządu
Rzeczypospolitej Polskiej

[TRANSLATION - TRADUCTION]

AGREEMENT BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE FEDERAL
REPUBLIC OF GERMANY AND THE GOVERNMENT OF THE
REPUBLIC OF POLAND CONCERNING COOPERATION IN THE
SUPPRESSION OF ORGANIZED CRIME AND OTHER SERIOUS
CRIMINAL OFFENCES

The Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Republic of Poland,

Desiring to develop further their relations in the spirit of the Treaty of 17 June 1991 between the Federal Republic of Germany and the Republic of Poland on good neighbourly relations and friendly cooperation,

Inspired by the wish to afford effective protection to their own citizens and to others present in the territory of the two States against criminal acts,

Convinced that cooperation is of major importance for the effective suppression of crime, particularly organized crime, drug-related crime and terrorism,

Desiring to formulate optimum principles, forms and methods of cooperation,

Bearing in mind the objectives and principles of international agreements to which both States are parties and of the resolutions of the United Nations on the suppression of crime,

Guided by principles of equal rights, justice and mutual benefit,

Have agreed as follows:

Article 1

The Contracting Parties undertake, with due regard for domestic law and subject to the provisions of article 6 of the present Agreement, to cooperate in the suppression of organized crime and serious criminal offences.

Such cooperation will assist in the prevention of crime and the prosecution of offenders, particularly in the case of:

- Offences against life or health;
- Illegal cultivation of plants for the production of narcotics or psychotropic substances, illegal production of such substances or their precursors, illegal processing or shipment thereof, smuggling of or trading in such substances or trading in raw materials or semi-finished products used in the production thereof;
- Terrorism;
- Illegal infiltration of persons;
- Trafficking in human beings;
- Offences against sexual self-determination;

- Blackmail;
- Illegal trade in or illegal production of weapons, ammunition or explosives;
- The forgery of money, other means of payment or securities or the distribution or use of such forgeries;
- The forgery of documents or the distribution or use of such forgeries;
- Offences against property;
- Offences against cultural heritage, in particular theft, illegal trading, smuggling, forgery or destruction of objects of historical or artistic value;
- Offences related to cross-border trade in goods;
- Offences against the environment;
- Offences related to nuclear or radioactive material;
- Money-laundering;
- Computer crime;
- Corruption.

Article 2

Cooperation between the competent authorities shall include in particular:

1. The transmittal of personal data relating to persons involved in offences as described in article 1, in particular of persons who remain in the background and manipulate others, data concerning criminal associations, structures of criminal groups, typical behaviour patterns of perpetrators, the facts of cases, including the time and place of perpetration, the modus operandi, the item involved and any particular features of a criminal offence, as well as the criminal laws infringed and the measures taken;
2. the implementation of appropriate measures upon request, provided that they are permissible under the law of the requested State;
3. The implementation of mutually coordinated measures and mutual support in the personnel, technical and organizational spheres;
4. The holding of working meetings on the preparation and implementation of joint measures;
5. The communication of knowledge and experience, in particular with regard to methods and new forms of criminal activity;
6. Measures for initial and advanced training by means of:
 - (a) Mutual information on provisions of the Contracting Parties' domestic law relevant to cooperation, and amendments thereto;
 - (b) Efforts to expand and enhance foreign language capabilities and mutual support in that sphere;
 - (c) The holding of joint exercises and working seminars as well as participation by competent staff in training events of the other Contracting Party;
7. The exchange of results of research in the fields of criminalistics and criminology;

8. The providing of samples of relevant items, including narcotics, psychotropic substances, precursors and other dangerous agents;
9. The planning and carrying out of joint crime-prevention programmes.

Article 3

(1) For the implementation of the present Agreement, all contacts shall take place directly between the authorities listed below, in their respective areas of competence:

For the Federal Republic of Germany:

The Federal Ministry of the Interior,
The Federal Ministry of Finance,
The Federal Ministry of Health,
The Federal Office of Criminal Investigation,
The Headquarters of the Frontier Guard Service,
The Customs Criminal Office (Zollkriminalamt);

For the Republic of Poland:

The Minister responsible for Internal Affairs,
The Minister responsible for Financial Institutions,
The Minister responsible for Public Finance,
The Commanding Officer of the Police,
The Commanding Officer of the Frontier Guard Service,
The Head of the State Protection Office.

(2) The Contracting Parties shall inform one another through the diplomatic channel of changes in the areas of competence or designations of the authorities implementing the present Agreement.

Article 4

The authorities listed in article 3 may exchange liaison officers in their areas of competence and stipulate further details of cooperation in separate implementation agreements supplementary to the present Agreement.

Article 5

The protection of personal data transmitted on the basis of the present Agreement shall be regulated by the following provisions, account being taken of the respective domestic legislation in force for each of the Contracting Parties:

1. The receiving authority shall be permitted to make use of such data only for the purposes specified in the present Agreement and only under the conditions stipulated by the transmitting authority. In addition, use of the data shall be permitted only for purposes of

preventing and suppressing serious crimes and warding off significant hazards to public safety;

2. The receiving authority shall inform the transmitting authority, at the latter's request, of the use made of the transmitted data and the results thereof. Where the data are used as described in the second sentence of paragraph 1, such information shall be communicated immediately, without any prior request;

3. The transmitting authority shall be obliged to ensure that the data to be transmitted are accurate, necessary and commensurate with the purposes of such transmittal. In this process, the provisions on data transmittal applicable under the domestic law of the Contracting Party concerned shall be observed. Data shall not be transmitted if there is any reason to assume that doing so would infringe domestic law or impair interests of the person concerned that ought to be protected. If it becomes evident that incorrect data or data that should not have been transmitted have been transmitted, this fact shall be communicated to the receiving authority immediately. The latter shall be obliged to correct or destroy the data without delay;

4. Information concerning the data in existence regarding a person and the intended use thereof must be provided to the person concerned on request. It shall not be necessary to provide such information if the public interest of a Contracting Party in refusing to furnish the information outweighs the interest of the person concerned. The right to be provided with information shall furthermore be determined on the basis of the domestic law of the Contracting Party in whose territory the information is requested;

5. When such data are transmitted, the transmitting authority shall indicate the deadlines applicable to deletion thereof under its domestic law. Irrespective of such deadlines, the transmitted data shall be deleted as soon as they are no longer required for the purpose for which they were transmitted;

6. The transmitting and receiving authorities shall be obliged to keep records of the transmittal and receipt of personal data;

7. The transmitting and receiving authorities shall be obliged to protect the transmitted data effectively against unauthorized access, modification or release.

Article 6

The present Agreement shall not affect the international provisions on legal assistance in criminal matters or on official or legal assistance in taxation matters, nor other obligations of the Contracting Parties contained in international bilateral or multilateral agreements.

Article 7

(1) Cooperation under the present Agreement shall take place in the German, Polish or English language, or in some other language by agreement.

(2) Requests for information or the taking of action in accordance with the present Agreement shall be communicated directly in writing by the competent authorities listed in

article 3. In urgent cases the request may also be made orally, but must then be confirmed in writing without delay.

(3) The costs entailed in responding to a request shall be borne by the requested authority, with the exception of the travel costs of representatives of the requesting authority.

Article 8

If a Contracting Party is of the opinion that complying with a request or carrying out a joint measure is likely to infringe its sovereign rights, jeopardize its safety or other significant interests or violate its legislation, it shall be entitled to decline to cooperate, completely or in part, or to make its cooperation subject to certain conditions.

Article 9

Disputes concerning the interpretation or application of the present Agreement shall be resolved by way of direct negotiations between the competent authorities of the Contracting Parties in their respective areas of competence.

Article 10

With the entry into force of the present Agreement, the agreement of 6 November 1991 between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Republic of Poland concerning cooperation in the suppression of organized crime shall cease to have effect.

Article 11

(1) The Contracting Parties shall inform one another through the diplomatic channel that the domestic requirements for the entry into force of the Agreement have been fulfilled. The Agreement shall enter into force one month after the date of receipt of the later of the two notes.

(2) The present Agreement is concluded for an indefinite period. It may be denounced by either Contracting Party by notification. The denunciation shall take effect three months after it has been received by the other Contracting Party.

Done at Breslau on 18 June 2002 in duplicate in the German and Polish languages, both texts being equally authentic.

For the Government of the Federal Republic of Germany:

FRANK ELBE

OTTO SCHILY

For the Government of the Republic of Poland:

KRZYSZTOF JANIK

[TRANSLATION - TRADUCTION]

ACCORD ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE
D'ALLEMAGNE ET LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE DE
POLOGNE RELATIF À LA COOPÉRATION EN VUE DE LA RÉPRES-
SION DE LA CRIMINALITÉ ORGANISÉE ET DE LA COMMISSION
D'AUTRES INFRACTIONS PÉNALES GRAVES

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République de Pologne,

Désireux de développer davantage leurs relations dans l'esprit du Traité de bon voisinage et de coopération amicale entre la République fédérale d'Allemagne et la République de Pologne, du 17 juin 1991,

Mus par le désir d'offrir à leurs citoyens respectifs et autres personnes résidant sur les territoires respectifs des deux États une protection efficace contre des actes criminels,

Convaincus que la coopération est d'une importance majeure dans la répression efficace de la criminalité, particulièrement la criminalité organisée, la criminalité liée à la drogue et le terrorisme,

Désireux de formuler les meilleurs principes, formes et méthodes de coopération,

Ayant à l'esprit les objectifs et principes des accords internationaux auxquels les deux États sont parties et ceux des résolutions de l'Organisation des Nations Unies portant sur la répression de la criminalité,

Guidés par les principes de l'égalité des droits, de la justice et de l'avantage mutuel,

Sont convenus de ce qui suit :

Article premier

Compte dûment tenu de leurs législations internes respectives et sous réserve des dispositions de l'article 6 du présent Accord, les Parties contractantes s'engagent à coopérer en vue de la répression de la criminalité organisée et d'infractions pénales graves.

Une telle coopération facilitera la prévention de la criminalité et la poursuite des auteurs d'infraction, notamment lorsqu'il s'agira :

- D'atteintes à la vie et à l'intégrité physique;
- De la culture illicite de plantes en vue de la production de stupéfiants ou de substances psychotropes, de la production illicite de ces substances ou de leurs précurseurs, du traitement illicite ou de l'expédition, de la contrebande ou du commerce de telles substances ou du commerce de matières premières ou de produits semi-finis intervenant dans leur production;
- Du terrorisme;
- D'infiltration illégale de personnes;
- De la traite d'êtres humains;

- D'atteintes à la liberté sexuelle;
- De chantage;
- Du commerce illégal ou de la production illégale d'armes, de munitions et d'explosifs;
- De la fabrication de fausse monnaie, d'autres moyens de paiement ou de valeurs, et de l'usage de ces faux;
- De la fabrication de faux documents, de la distribution ou de l'usage de ces faux;
- D'infractions contre les biens;
- D'atteintes au patrimoine culturel, notamment le vol, le commerce illéite, la contrebande, la contrefaçon ou la destruction d'objets présentant une valeur historique ou artistique;
- D'infractions liées au commerce de marchandises aux frontières;
- D'atteintes à l'environnement;
- D'infractions en matière nucléaire ou radioactive;
- De blanchiment d'argent;
- De délits informatiques;
- De corruption.

Article 2

La coopération entre les autorités compétentes des deux Parties comprend en particulier :

1. La transmission de données personnelles se rapportant à des personnes impliquées dans la commission des infractions décrites à l'article premier ci-dessus, en particulier les personnes qui demeurent à l'arrière-plan et manipulent autrui, ainsi que de données concernant des associations criminelles, les structures de groupes criminels, les caractéristiques types du comportement d'auteurs d'actes criminels, les faits de la cause, y compris le lieu et l'heure de la commission de l'infraction, le *modus operandi*, le corps de l'infraction, et toutes caractéristiques particulières d'une infraction pénale, ainsi que la communication des lois pénales auxquelles il a été porté atteinte et des mesures prises;

2. L'application des mesures appropriées sur demande, étant entendu que celles-ci doivent être autorisées en vertu de la loi de l'État requis;

3. L'application de mesures mutuellement coordonnées et la fourniture d'un appui mutuel en matière technique et organisationnelle et de personnel;

4. La tenue de réunions de travail portant sur l'élaboration et la mise en oeuvre de mesures communes;

5. La transmission de savoir et de données d'expérience, en particulier touchant les méthodes et les nouvelles formes d'activité criminelle;

6. Les mesures prises en vue d'une formation initiale et spécialisée, au moyen de :

- a) La transmission mutuelle de renseignements sur les dispositions de la législation interne des Parties contractantes pertinentes à la coopération, et des amendements à ces lois;
 - b) Les mesures prises pour élargir et enrichir les capacités linguistiques et la fourniture d'un appui mutuel dans ce domaine;
 - c) La tenue d'exercices et de séminaires de travail communs ainsi que la participation de personnel spécialisé aux activités de formation de l'autre Partie contractante;
7. L'échange des résultats de la recherche en matière criminalistique et criminologique;
8. La fourniture d'échantillons de substances pertinentes - stupéfiants, substances psychotropes, précurseurs et autres agents dangereux;
9. La planification et la mise en oeuvre de programmes communs de prévention du crime.

Article 3

1) Aux fins de la mise en oeuvre du présent Accord, tous les contacts auront lieu directement entre les autorités énumérées ci-après dans les domaines relevant de leurs compétences respectives :

Pour la République fédérale d'Allemagne :

- Le Ministère fédéral de l'intérieur,
- Le Ministère fédéral des finances,
- Le Ministère fédéral de la santé,
- Le Bureau fédéral des enquêtes criminelles,
- Le siège du Corps des garde-frontières,
- Le Bureau des infractions pénales en matière douanière (Zolkriminalamt);

Pour la République de Pologne :

- Le Ministère des affaires intérieures,
- Le Ministère des institutions financières,
- Le Ministère des finances publiques,
- Le Directeur de la Police,
- Le Directeur du Corps des garde-frontières,
- Le Directeur du Bureau de la protection de l'État.

2) Les Parties contractantes s'informent mutuellement par les voies diplomatiques des modifications intervenues dans les domaines relevant de leurs compétences respectives ou dans la désignation des autorités chargées de la mise en oeuvre du présent Accord.

Article 4

Les autorités énumérées à l'article 3 ci-dessus sont habilitées à échanger des officiers de liaison dans les domaines relevant de leurs compétences respectives et à préciser des modalités de la coopération dans des accords distincts de mise en oeuvre additionnels au présent Accord.

Article 5

La protection des données personnelles transmises dans le cadre du présent Accord est régie par les dispositions suivantes, compte dûment tenu des législations internes en vigueur respectivement dans chacune des Parties contractantes :

1. L'autorité qui reçoit les renseignements n'est autorisée à les utiliser qu'aux seules fins prévues dans le présent Accord et aux seules conditions stipulées par l'autorité qui les transmet. De même, les renseignements ne peuvent être utilisés qu'aux fins de prévenir et de réprimer des infractions graves et d'écartier des risques graves pour la sécurité publique;

2. L'autorité qui reçoit les renseignements doit informer l'autorité qui les transmet, à la demande de cette dernière, de l'usage qui en sera fait et des résultats atteints. Lorsqu'ils sont utilisés de la manière décrite dans la deuxième phrase du paragraphe 1 ci-dessus, les renseignements sont communiqués sans délai, sans qu'une requête préalable soit nécessaire;

3. L'autorité qui transmet les renseignements est tenue de s'assurer qu'ils sont exacts, nécessaires et qu'ils correspondent aux fins de la transmission. À cet égard, les dispositions relatives à la transmission de données applicable en vertu de la législation interne de la Partie contractante concernée doivent être respectées. Les données ne sont pas transmises s'il existe la moindre raison de penser que leur transmission enfreindrait la législation dont relève l'intéressé, ou porterait atteinte à ses intérêts, qui doivent être protégés. S'il se révèle que des renseignements inexacts ou des renseignements qui n'auraient pas dû être transmis l'ont été, l'autorité qui reçoit les données doit en être informée immédiatement; elle est alors tenue de procéder à leur rectification ou destruction immédiatement;

4. Sur demande, les renseignements concernant les données existantes à l'égard d'une personne et l'usage qu'il est prévu d'en faire doivent être fournis à l'intéressé. Lorsque l'intérêt public d'une Partie contractante qui refuse de fournir les renseignements l'emporte sur les intérêts de la personne concernée, il n'est pas nécessaire que ladite Partie donne suite à la requête. De plus, le droit de recevoir les renseignements est établi sur la base de la législation interne de la Partie contractante sur le territoire de laquelle ils sont demandés;

5. Lors de la transmission des données, l'autorité qui les transmet doit indiquer les dates limites applicables à la destruction de celles-ci au regard de sa législation. Quels que soient les délais, les données transmises seront supprimées dès qu'elles ne sont plus nécessaires aux fins pour lesquelles elles ont été transmises;

6. Les autorités chargées respectivement de la transmission et de la réception des renseignements personnels sont tenues de prendre dûment note de ces opérations;

7. Les autorités chargées respectivement de la transmission et de la réception des renseignements sont tenues de protéger efficacement les données transmises contre tout accès, toute modification ou toute diffusion non autorisés.

Article 6

Le présent Accord n'affecte pas les dispositions internationales relatives à l'assistance juridique en matière pénale ou à l'assistance officielle ou juridique en matière fiscale ni les autres obligations des Parties contractantes résultant d'accords internationaux, bilatéraux ou multilatéraux.

Article 7

1) La coopération prévue au titre du présent Accord se déroule dans les langues allemande, polonaise ou anglaise ou dans tout autre langue dont il sera convenu.

2) Les demandes de renseignements ou l'adoption de mesures conformément au présent Accord sont transmises directement, par écrit, par les autorités compétentes énumérées à l'article 3 ci-dessus. En cas d'urgence, la requête peut être transmise oralement mais doit être confirmée par écrit sans retard.

3) Les coûts encourus pour donner suite à une requête sont à la charge de la Partie requise, à l'exception des frais de voyage des représentants de la Partie requérante.

Article 8

Lorsqu'une Partie contractante est d'avis que l'exécution d'une demande ou la mise en oeuvre d'une mesure conjointe risque de compromettre ses droits souverains, de menacer sa sécurité ou d'autres intérêts essentiels ou d'être contraire à sa législation, elle est en droit de refuser sa coopération en tout ou en partie ou de la subordonner à certaines conditions.

Article 9

Les différends concernant l'interprétation ou l'application du présent Accord sont résolus par la voie de négociations directes entre les autorités compétentes des Parties contractantes intervenant dans leurs domaines respectifs de compétence.

Article 10

À l'entrée en vigueur du présent Accord, l'Accord du 6 novembre 1991 entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et la République de Pologne relatif à la coopération en matière de répression de la criminalité organisée cessera de produire ses effets.

Article 11

1) Les Parties contractantes s'informent l'une l'autre par les voies diplomatiques de l'accomplissement des exigences internes requises pour l'entrée en vigueur du présent Accord. L'Accord entrera en vigueur un mois après la date de réception de la dernière des deux notes pertinentes.

2) Le présent Accord est conclu pour une période indéfinie. Il peut être dénoncé par l'une ou l'autre des Parties contractantes moyennant notification. La dénonciation prend effet trois mois après sa réception par l'autre Partie contractante.

Fait à Breslau, le 18 juin 2002, en double exemplaire, dans les langues allemande et polonaise, les deux textes faisant également foi.

Pour le Gouvernement de la République d'Allemagne :

FRANK ELBE

OTTO SCHILY

Pour le Gouvernement de la République de Pologne

KRZYSZTOF JANIK